

Steinberg, Guido; Werenfels, Isabelle

Research Report

Al-Qaida im Maghreb: Trittbrettfahrer oder neue Bedrohung?

SWP-Aktuell, No. 11/2007

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Steinberg, Guido; Werenfels, Isabelle (2007) : Al-Qaida im Maghreb: Trittbrettfahrer oder neue Bedrohung?, SWP-Aktuell, No. 11/2007, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254661>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Al-Qaida im Maghreb

Trittbrettfahrer oder neue Bedrohung?

Guido Steinberg / Isabelle Werenfels

Die schlagkräftigste bewaffnete Gruppierung in Algerien hat sich in »al-Qaida im islamischen Maghreb« umbenannt und signalisiert damit Internationalisierung. Dabei ist unklar, ob die geschwächte Gruppe sich primär zu Rekrutierungszwecken ein neues Etikett zugelegt hat oder ob sie verstärkt außerhalb Algeriens agieren will. Für letzteres sprechen ihre Versuche, das Operationsgebiet auf die Nachbarstaaten auszuweiten und vermehrt in Marokko und Tunesien zu rekrutieren. Unabhängig davon, wie groß die terroristische Bedrohung tatsächlich ist, dürften diese Bestrebungen eine negative Spirale in Gang setzen: Vermehrte Aktivitäten der Gruppierung werden die Maghrebstaaten veranlassen, repressive Praktiken zu verstärken und die militärische Kooperation mit den USA zu intensivieren. Beides wiederum gibt erfahrungsgemäß den bewaffneten Gruppen Auftrieb. Europa ist daher gut beraten, trotz der notwendigen Kooperation in Sicherheitsbelangen vermehrt auf Einhaltung von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Verfahren zu pochen.

Mitte Februar 2007 übernahm eine Organisation namens »al-Qaida im Maghreb« die Verantwortung für einen Anschlag, bei dem mindestens sechs Autobomben in zwei Städten östlich von Algier zeitgleich detonierten und mehrere Todesopfer forderten. Erst Ende Januar 2007 hatte die algerische Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat, GSPC) verkündet, dass sie sich in »al-Qaida im islamischen Maghreb« (Qaida al-Jihad fi Bilad al-Maghrib al-Islami) umbenannt habe. Diese Erklärung bildete den vorläufigen Höhepunkt einer – zumindest rhetorischen – Annäherung der GSPC an die transnationalen Terroristen der

al-Qaida. Letztere hatte das Bündnis bereits im September 2006 besiegelt. In einer Videobotschaft zum fünften Jahrestag der Anschläge des 11. September hatte Bin Laden-Stellvertreter Aiman az-Zawahiri erklärt, dass GSPC und al-Qaida fortan gemeinsam Amerikaner und Franzosen bekämpfen würden.

Schon seit 2005 mehren sich die Indizien dafür, dass die GSPC ihren Aktionsradius zumindest auf die Nachbarstaaten ausweitete. Zuletzt kam es im Dezember 2006 und Januar 2007 südlich der tunesischen Hauptstadt zu Schießereien zwischen tunesischen Sicherheitskräften und bewaffneten Islamisten, die mindestens zwölf Todes-

opfer forderten. Den eher spärlichen offiziellen Angaben aus Tunesien zufolge soll es sich dabei um Militante aus Tunesien, Algerien und Mauretanien mit Verbindungen zur GSPC gehandelt haben, die über die algerische Grenze eingesickert sein sollen.

Noch vor wenigen Jahren hatte die GSPC ihre Ziele explizit auf Algerien beschränkt; es ging ihr um den Sturz des algerischen Regimes und die Errichtung eines islamischen Staates. Die Gruppierung war 1998 als Abspaltung der Bewaffneten Islamischen Gruppe (Groupe Islamique Armée, GIA) gegründet worden. Die GIA hatte durch grausame Massaker an der Zivilbevölkerung Aufsehen erregt. Als sie daraufhin an öffentlicher Unterstützung verlor, spalteten sich kleinere Gruppierungen ab. Die größte von ihnen, die GSPC, griff mehrheitlich die Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen an und gewann so in Teilen der Bevölkerung erneut an Rückhalt.

Dennoch geriet sie spätestens 2003 in die Defensive. Es gelang den algerischen Sicherheitskräften weitgehend, die Operationen der GSPC auf ein Gebiet in den Bergen im Osten und Südosten einzuhegen und bis auf wenige Ausnahmen größere terroristische Anschläge zu verhindern. Als Reaktion begann die GSPC, auch in den Süden des Landes auszuweichen – wo sie unter anderem im Frühjahr 2003 32 europäische Touristen, darunter 16 Deutsche, entführte – und jenseits der Staatsgrenzen in Mali, Tschad und Mauretanien aktiv zu werden. Gleichzeitig wurde die GSPC durch interne Richtungs- und Machtkämpfe zunehmend geschwächt. Der bewaffnete Kampf in Algerien schien vor dem Ende zu stehen.

Die GSPC suchte in dieser Situation den Kontakt zu transnationalen Organisationen wie al-Qaida und al-Qaida im Irak. Schon im Oktober 2003 erklärte ihr damaliger Anführer, Nabil Sahraoui († 2004), dass sich die GSPC der al-Qaida Usama Bin Ladens und dem Taliban-Führer Mullah Umar unterstellt habe und deren Kampf gegen die USA unterstütze. Im Juni 2004 bekräftigte er die neue internationale Ausrichtung der GSPC, indem er allen westlichen

Ausländern in Algerien den Krieg erklärte. Sahraouis Nachfolger, Abu Musab Abdalwudud, setzte den Kurs seines Vorgängers fort. Im Dezember 2006 wurde denn auch erstmals seit Jahren ein Anschlag auf ein ausländisches Ziel verübt, bei dem ein Todesopfer zu beklagen war: Ein Bus mit Mitarbeitern eines Joint-ventures zwischen dem amerikanischen Sicherheitsdienstleister Halliburton und dem algerischen Erdölkonzern Sonatrach wurde bei Algier angegriffen – notabene auf einer der bestgesicherten Straßen Algeriens.

Rhetorik oder tatsächliche Bedrohung?

Noch ist unklar, wie groß die Bedrohung ist, die von »al-Qaida im islamischen Maghreb« tatsächlich ausgeht. Einerseits gibt es zahlreiche Indizien für verstärkte internationale Aktivitäten der Gruppierung. Andererseits wird in der arabischen Presse berichtet, die GSPC stehe vor dem endgültigen Aus, weil die Umbenennung alte Richtungskämpfe wieder angeheizt habe.

Für eine Internationalisierung der GSPC in den letzten zwei Jahren gab es Hinweise aus der Sahelzone, aus Nordafrika und dem Irak. Selbst wenn diese Hinweise meist offiziellen Quellen in der Region entstammen und mit Vorsicht zu bewerten sind, weil die nordafrikanischen Regierungen ein Interesse daran haben, die terroristische Gefahr politisch zu instrumentalisieren, lässt ihre Häufung doch auf einen deutlichen Trend schließen.

▶ Seit 2003 ist die GSPC in der Sahara und der Sahelzone verstärkt aktiv. In der Vergangenheit war es schwierig, zwischen kriminellen und terroristischen Aktivitäten der südalgerischen GSPC-Kommandeure zu unterscheiden. Der heute flüchtige Mokhtar Belmokhtar war 2003 noch eher ein lokaler Waffenschmuggler als Chef einer islamistischen Terrorgruppe. Auch die Entführer der europäischen Touristen hatten eher finanzielle als politische Motive. Im Sommer 2005 soll die Gruppe Mukhtars jedoch einen maure-

tanischen Armeeposten nahe der Grenze zu Mali angegriffen und mehr als ein Dutzend Soldaten getötet haben.

- ▶ In den nordafrikanischen Nachbarländern Marokko und Tunesien häufen sich seit 2005 Nachrichten über Freiwillige, die sich in den Lagern der GSPC ausbilden lassen. In Algerien sind in den letzten zwei Jahren wiederholt Kämpfer aus Marokko, Tunesien und Libyen verhaftet worden. Zumindest ein Teil der Kämpfer kehrt aber in die Heimatländer zurück und verstärkt die dortigen Strukturen. Insofern handelt es sich bei der Internationalisierung der GSPC bislang eher um eine »Pan-Maghrebisierung«.
- ▶ Die Zahl der Nordafrikaner, die sich zum Kämpfen in den Irak begeben, steigt nach Angaben amerikanischer, irakischer und nordafrikanischer Sicherheitsbehörden seit 2005 rapide an. Bis dahin dominierten Saudi-Araber und Syrer die ausländischen Kontingente. Mittlerweile sollen aber laut amerikanischen Angaben rund 20% der zwischen 800 und 2000 ausländischen Kämpfer Algerier sein. Auch von Marokkanern, Libyern und Tunesiern wird berichtet. Diese Kämpfer sind aktuell kein Problem für die nordafrikanischen Staaten. Sie verweisen jedoch auf die hohe Attraktivität, die internationale Ziele für Jihadisten im Maghreb besitzen. Längerfristig besteht die Gefahr, dass die Irakkämpfer – nach dem Muster der Afghanistanrückkehrer Anfang der neunziger Jahre – im Falle einer Stabilisierung des Irak in ihre Heimatländer zurückkehren und dort bestehende Gruppierungen verstärken.

Diese Irak-Veteranen stellen auch eine Bedrohung für Europa dar. Es ist damit zu rechnen, dass nordafrikanische Kämpfer nicht in ihre Heimatländer zurückkehren – wo die Sicherheitsapparate sehr brutal gegen (militante) Islamisten vorgehen. Sie würden sich wahrscheinlich eher dorthin zurückziehen, wo viele Nordafrikaner leben – also nach Westeuropa. Die Presse berichtet denn auch von solchen Reisebewegun-

gen nordafrikanischer Kämpfer. Die GSPC unterhielt bereits in der Vergangenheit Logistiknetzwerke in Frankreich, Spanien, Benelux und Deutschland und könnte – im Zuge der Internationalisierung ihrer Strategie – künftig auch in Europa Anschläge verüben. Insbesondere Spanien und Frankreich, die auch früher schon Ziel terroristischer Anschläge durch Algerier und Marokkaner wurden, dürften weiterhin im Visier der Jihadisten bleiben. Zumal es sich um die direkten und als übermächtig angesehenen europäischen Nachbarstaaten handelt, mit denen die eigenen verhassten Regierungen eng kooperieren.

Eher gegen die These einer verschärften Bedrohung für Nordafrika und Europa sprechen algerische Medienberichte. Danach sei die GSPC zutiefst gespalten, die Umbenennung werde ihren Anführer, Abu Musab Abdalwudud, zusehends isolieren. Insofern könnte der Namenswechsel die Implosion der GSPC zur Folge haben. Algerische Offizielle erklären denn auch, die Gruppierung stehe »kurz vor der vollkommenen Auslöschung«. Solche Aussagen müssen indes mit Vorsicht bewertet werden, da algerische Offizielle schon seit 2002 das bevorstehende Ende der GSPC vermelden.

Dabei hat eine terroristische Gruppierung schon einmal durch die Adaption einer internationalen Ausrichtung eine Schwächephase überwunden: Der Gründung der al-Qaida ging eine Internationalisierung ihrer Strategie voraus. Nachdem in Ägypten Mitte der neunziger Jahre ein Aufstand islamistischer Gruppierungen gescheitert war, entschieden sich ägyptische und saudi-arabische Militante, fortan nicht mehr nur gegen die eigenen Regierungen, sondern auch gegen deren amerikanische Verbündete zu kämpfen. Eine Folge waren die Anschläge des 11. September in den USA. Bei aller Vorsicht, die bei solchen Analogien geboten ist, verweist der Vergleich doch auf mögliche Gefahren, die von der Entstehung der »al-Qaida im islamischen Maghreb« für Nordafrika und Europa ausgehen könnten.

Neues Rekrutierungspotential

Für die al-Qaida-Führung, die in Pakistan isoliert und nur noch eingeschränkt handlungsfähig ist, hat der (rhetorische) Anschluss der GSPC den Vorteil, dass sie den Eindruck vermitteln kann, ein wirklich globaler Akteur zu sein. Der GSPC eröffnet dieser Schritt die Möglichkeit, Zugriff auf internationale Finanzierungs- und Rekrutierungsnetzwerke der al-Qaida zu erhalten. Das Bündnis dürfte im Maghreb daher mehr als nur einen »Public Relations«-Effekt für die GSPC und die al-Qaida haben und für vermehrte Rekrutierungen sorgen.

Die Anziehungskraft des Jihadismus auf junge Nordafrikaner lässt sich zunächst mit Faktoren erklären, die dem militanten Islamismus in der gesamten islamischen Welt Vorschub leisten. Dazu gehört der in einem Gefühl enormer Demütigung wurzelnde Hass auf die »Kreuzfahrer und Zionisten«, die Palästina und den Irak besetzen. Zudem existiert eine massive Wut darüber, dass die USA und Europa – trotz oftmals anderslautender Rhetorik – nach wie vor autoritäre Regime in der arabischen Welt stützen. Nicht zuletzt aus diesen Ressentiments resultiert die Bewunderung für Bin Ladens Kampf gegen den Westen und der Wunsch, sich an ihm zu beteiligen.

Darüber hinaus speist sich der nordafrikanische Jihadismus aus einer jeweils länderspezifischen Mischung folgender Faktoren: jahrzehntelange politische Repression der (islamistischen) Opposition durch die jeweiligen Regime und Monopolisierung der Religionsauslegung durch von den jeweiligen Herrschern eingesetzte Kleriker; islamistische Indoktrination und Aufwiegelung durch kampferfahrene Afghanistanrückkehrer; sowie Perspektivlosigkeit der Jugend und soziale Ungerechtigkeit – beides hauptsächlich Folgen des Versagens der postkolonialen Eliten und ihrer Entwicklungsprojekte.

Anziehungskraft und Rekrutierung in Algerien

Im Gegensatz zu den anderen Maghrebstaaten lässt sich im algerischen Fall ein konkreter Auslöser für den bewaffneten Kampf identifizieren. Der Abbruch der Parlamentswahlen 1992 durch die Armee-Elite und die brutale Unterdrückung des islamistischen Wahlsiegers Islamische Rettungsfront (Front Islamique du Salut, FIS) trieb Tausende von Islamisten in den Untergrund. Die Hinwendung zum internationalen Terrorismus ist vor allem ein Auswuchs des anschließenden Bürgerkriegs, in dessen Verlauf sich der Sturz des algerischen Regimes zunehmend als illusionär erwies.

Inwieweit diese Ernüchterung das Rekrutierungspotential der GSPC vermindert hat, bleibt umstritten. Zwar erklärte das algerische Militär 2002 den Terrorismus für so gut wie besiegt und sprach von wenigen Hundert verbliebenen Kämpfern im Untergrund. Dem widerspricht allerdings, dass algerische Zeitungen seither fast täglich von einem oder mehreren festgenommenen oder getöteten Terroristen berichten und die offiziell angegebenen GSPC-Mitgliederzahlen dennoch eher zu- als abnehmen: 2006 wurden sie auf 800 geschätzt. Dieses Verwirrspiel um Zahlen wird noch undurchdringlicher, bezieht man die bis zu rund 300 Kämpfer mit ein, die im Rahmen der präsidentiellen Versöhnungsinitiative (Charte pour la paix et la réconciliation nationale) 2006 ihre Waffen im Gegenzug für eine weitgehende Amnestie niedergelegt haben sollen.

Paradoxerweise spricht einiges dafür, dass gerade das Amnestieangebot die Internationalisierung der GSPC zusätzlich befördert hat. Es hat die Reihen der Kämpfer zumindest etwas gelichtet und damit den Rekrutierungsdruck erhöht. Angesichts der Tatsache, dass der Kampf der GSPC in Algerien aussichtslos geworden ist, wird die Internationalisierung zu einer Option, um das Rekrutierungspotential innerhalb und außerhalb Algeriens zu erhöhen. Kampfwilligen Algeriern wird damit die Perspek-

tive eröffnet, zum internationalen Jihad beizutragen, der bessere Aussichten auf Erfolg zu haben scheint und der sehr viel mehr internationale (mediale) Aufmerksamkeit auf sich zieht, als es der inner-algerische Terrorismus je getan hat.

Anziehungskraft und Rekrutierung in den Nachbarstaaten

In *Tunesien* existieren im Gegensatz zu Algerien zwar keine Gruppierungen mit langjähriger Erfahrung im bewaffneten Kampf. Doch belegen die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Islamisten Anfang 2007, dass ein militantes Potential vorhanden ist. Bereits das Attentat von Djerba 2002 hatte auf ein solches Potential hingewiesen. Seit 2005 wurden überdies mehrmals Tunesier in Algerien aufgegriffen, die von der GSPC rekrutiert worden sein sollen. Ob für den Kampf im Irak, in Algerien oder gegen das tunesische Regime, ist unklar.

Ein gewichtiger Faktor für die Radikalisierung eines – wenn auch kleinen – Teils des tunesischen islamistischen Spektrums ist die massive Unterdrückung und vollständige Exklusion aller islamistischen Akteure vom politischen Prozess seit mehr als fünfzehn Jahren. Derzeit gibt es keine islamistische Partei oder zivilgesellschaftliche Organisation, die legal operieren und die Radikalisierung islamistischer Akteure politisch kanalisieren und damit dämpfen könnte. Vor allem die Spannungen, die sich aus der langjährigen gesellschaftlichen Modernisierungspolitik der Regierung – die ähnlich wie in der Türkei Kopftuchträgerinnen diskriminiert – und der Frömmigkeit und Re-Traditionalisierung eines Teils der Gesellschaft ergeben, fördern die Radikalisierung insbesondere von Jugendlichen.

Auch in *Libyen* besteht keine Möglichkeit für Islamisten, sich politisch zu betätigen. Zu den Faktoren, die hier eine Hinwendung zu bewaffneten Gruppierungen begünstigt haben, gehören: die erbarmungslose Unterdrückung unbewaffneter Islamisten (wie überhaupt jeglicher Opposition) seit gut

zwei Jahrzehnten; eine Politik der finanziellen Benachteiligung des libyschen Ostens (insbesondere der zweitgrößten Stadt Benghazi) sowie die in den Augen der Islamisten häretische Religionsauslegung des libyschen Revolutionsführers Qaddafi.

Die physische Eliminierung bewaffneter Akteure in den neunziger Jahren hat dazu geführt, dass Aktivisten der Libyschen Islamischen Kämpfenden Gruppe (Libyan Islamic Fighting Group, LIFG) verstärkt mit internationalen Netzwerken außerhalb Libyens kooperieren. So sind die einzigen heute namentlich bekannten Feldkommandeure der al-Qaida in Afghanistan Libyer. Die Einführung einer Visumpflicht für Algerier und Marokkaner im Februar 2007 erfolgt nach offiziellen libyschen Angaben nicht zuletzt aufgrund der Sorge, dass die Jihadisten in der Region zusehends intensiver kooperieren.

In *Marokko* verging 2006 kaum ein Monat, in dem Sicherheitskräfte keine Zelle von angeblich gewaltbereiten Islamisten aushoben – verhaftet wurden in einigen Fällen auch Mitarbeiter der Sicherheitsapparate. In mehreren Fällen stellten marokkanische Offizielle überdies Verbindungen zur GSPC fest.

Ein nicht zu unterschätzender Umstand, der junge Marokkaner in die Arme bewaffneter Gruppierungen treibt, ist sozioökonomische Marginalisierung – in keinem anderen Staat der Region ist die Diskrepanz zwischen Arm und Reich so groß. Die Drahtzieher und Attentäter der Anschläge von Casablanca (2003) stammten denn auch mehrheitlich aus einem slumartigen Vorort der Stadt. Auch in anderen größeren marokkanischen Städten und in der in Marokko gelegenen spanischen Exklave Ceuta entwickeln sich stark vernachlässigte Quartiere zu brisanten Zentren militanten Gedankenguts. Dabei spielt in allen Fällen auch eine Rolle, dass (oftmals in Saudi-Arabien ausgebildete) radikale Prediger, die sich der staatlichen marokkanischen Kontrolle entziehen, die Moscheen in den Armutsvierteln dominieren. Dass sich auffallend viele Marokkaner internationalen

terroristischen Netzwerken anschließen, ist nicht zuletzt auch eine indirekte Folge dessen, dass Jugendliche auf dem heimischen Arbeitsmarkt keine Perspektive haben.

Folgen für den Kampf gegen den Terrorismus

Seit den späten achtziger Jahren rechtfertigen die Regierungen im Maghreb Repression, Menschenrechtsverletzungen und die Einschränkung politischer Partizipation vor allem mit der Gefahr einer islamistischen Machtübernahme. Dabei tendieren die Machthaber dazu, Islamisten und Terroristen über einen Leisten zu schlagen. In der Sprache tunesischer Offizieller etwa werden beide Begriffe nahezu synonym verwendet. Und noch bis vor kurzem haben sich algerische Regierung und Militärs nachdrücklich bemüht, Verbindungen zwischen der al-Qaida und der GSPC glaubhaft zu machen, um damit dem eigenen, oft ruchlosen Kampf gegen den Terrorismus mehr internationale Legitimation zu verschaffen und westliche Waffenlieferungen einzuwerben.

Wenn heute in Tunesien keinerlei soziale oder politische Aktivitäten von Islamisten geduldet werden, wenn in Algerien noch immer der Ausnahmezustand herrscht, der etwa das Demonstrationsrecht einschränkt, wenn in Marokko rund 1000 Islamisten nach rechtlich höchst umstrittenen Gerichtsverfahren inhaftiert sind, dann wird in all diesen Fällen ähnlich argumentiert: Man wolle dem islamistischen Terrorismus einen Riegel vorschieben und die staatliche Stabilität bewahren.

Diese Argumente sind indes problematisch. So ist zum Beispiel fraglich, ob die Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Unterdrückung unbewaffneter islamistischer Oppositioneller im Namen der Terrorismusbekämpfung der staatlichen Stabilität Tunesiens langfristig förderlich sind – oder ob nicht gerade sie einer Radikalisierung zusätzlich Vorschub leisten.

Sollte die Internationalisierung der GSPC – wie zu vermuten ist – terroristische

Anschläge in Algeriens Nachbarstaaten zur Folge haben, dann wird sich der Teufelskreis von Repression und Gegengewalt verstärken. Es steht zu befürchten, dass sich in diesem Fall die Menschenrechtslage in der gesamten Region verschlechtern wird, dass politische Freiheiten noch mehr eingeschränkt werden und Rechtsstaatlichkeit Utopie bleibt.

Bei alledem spielt der internationale Kampf gegen den Terrorismus – und spielen damit auch westliche Staaten – eine problematische Rolle. Dies gilt etwa für die Auslieferung von Militanten, etwa durch Großbritannien und die USA, an Staaten wie Libyen, in denen die Menschenrechtssituation und die Zustände in den Gefängnissen äußerst prekär sind.

Das gilt auch für die wachsende militärische Präsenz der USA in der Sahelregion – an der südlichen Grenze der Maghrebstaaten – und die immer intensivere Kooperation mit der algerischen Armee im Kampf gegen den Terrorismus. Zwar dürfte sie rein militärisch gesehen Früchte tragen: Die Schwächung der GSPC ist auch eine Folge der technologischen und logistischen US-Unterstützung der algerischen Sicherheitsapparate seit dem 11. September 2001. Gleichzeitig aber diskreditiert diese Kooperation sowohl die USA als auch die eigene Regierung in den Augen der algerischen Bevölkerung: die heimischen Machthaber, weil sie amerikanische Soldaten auf algerischem Territorium operieren lassen, die Vereinigten Staaten, weil sie im Widerspruch zu ihrer Demokratisierungsrhetorik mit einem autoritären Regime eng kooperieren.

War vor einigen Jahren die Frage, ob es tatsächlich international agierende Terroristen im Sahel gibt, noch nicht eindeutig zu beantworten, so ist sie heute zweifelsfrei zu bejahen – nicht zuletzt im Zuge der Internationalisierung der GSPC. Dabei stellt sich die Folgefrage, inwieweit die internationale Terrorismusbekämpfung in den Sahelstaaten das Monster, das sie zu attackieren vorgab, wenn auch nicht erzeugt, so doch immerhin gestärkt hat.

Positive Nebeneffekte?

So paradox es klingen mag: Die Internationalisierung der GSPC und überhaupt des islamistischen Terrorismus in Nordafrika dürfte auch positive Folgen für innenpolitische Prozesse zumindest in einigen Maghrebstaaten haben. So hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Attentate mit zivilen Opfern eine Zweiteilung des islamistischen Spektrums forciert haben: Auf der einen Seite findet sich eine kleine Minderheit von Gewaltbefürwortern; auf der anderen Seite eine überwältigende Mehrheit der Gewaltgegner. Erstere ist so gut wie nur noch im Umfeld transnational orientierter Netzwerke wie der GSPC zu finden.

In *Marokko* bewirkten die Anschläge von Casablanca 2003, die von Marokkanern mit Verbindungen zu internationalen Netzwerken verübt wurden, einen noch höheren Grad an Pragmatismus der ohnehin schon moderaten islamistischen Partei im Parlament, der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Parti de la justice et du développement, PJD). Die PJD stimmte nach den Attentaten einem weitreichenden Anti-Terrorismus- und einem für marokkanische Verhältnisse progressiven Personenstandsgesetz zu – beide Vorhaben hatte sie zuvor bekämpft. Als Folge der Anschläge und der daraufhin laut werdenden Rufe, islamistische Parteien zu verbieten, sah sich die PJD gezwungen, kompromissbereiter denn je zu agieren und höchste Loyalität zum Königshaus zu demonstrieren. Diese Tendenz dürfte sich noch verstärken, sollte es zu weiteren Anschlägen zum Beispiel gegen touristische Objekte in Marokko kommen – in den vergangenen Jahren haben die marokkanischen Sicherheitsapparate in Kooperation mit westlichen Diensten mehrere solcher Anschläge vereitelt.

In *Algerien* haben unter anderem Massaker an Zivilisten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die FIS-Führung und deren bewaffneten Flügel dazu bewogen, sich von der Gewalt loszusagen und mit der Armee über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Dass die ehemalige Nummer Zwei der FIS,

Ali Belhadj, 2005 die Ermordung zweier algerischer Diplomaten im Irak durch Abu Musab az-Zarqawi implizit guthieß, hat ihn Sympathien selbst im eigenen Lager gekostet. Ähnlich wie in Marokko sehen sich die legalen islamistischen Parteien gezwungen, Kompromisse einzugehen, um ihre Loyalität zum Staat und die Ablehnung von Gewalt unter Beweis zu stellen.

Auch in *Tunesien* existiert die beschriebene Zweiteilung, obwohl Islamisten nicht legal agieren dürfen. Anlässlich der Konfrontation zwischen bewaffneten Islamisten und Sicherheitskräften Anfang 2007 hat der Führer der verbotenen Nahda-Partei, Rachid Ghannouchi, sich einmal mehr vehement gegen Gewalt und für ein Zusammenwirken aller politischen Kräfte zur Lösung der sozialen und politischen Probleme des Landes ausgesprochen. Zwar ließ er nicht unerwähnt, dass der tunesische staatliche Unterdrückungsapparat langfristig Gegengewalt hervorrufe, doch rechtfertigte er diese Gewalt nicht.

In *Libyen* distanzieren sich die Muslimbrüder von bewaffneten Gruppierungen wie der LIFG und versuchen, sich mit dem Regime zu arrangieren – wohl in der Hoffnung, der brutalen Verfolgung zu entgehen. Nach Zeitungsberichten sollen seit zwei Jahren aber auch in Libyen inhaftierte Angehörige der LIFG mit libyschen Offiziellen über eine Beendigung der Gewalt verhandeln. Hier scheint sich eine Spaltung der Gruppierung abzuzeichnen: Denn während aus einem LIFG-Flügel Dementis zu vernehmen sind, bemüht sich ein anderer, Distanz zu al-Qaida zu signalisieren.

Kein nordafrikanischer Islamist, der auf nationaler Ebene eine seriöse politische Agenda verfolgt, will mit internationalen terroristischen Netzwerken in Verbindung gebracht werden. Bei einer Ausweitung des islamistischen Terrorismus sind folglich Schulterschlüsse zwischen moderaten Islamisten und säkularen Gruppierungen wahrscheinlich. In Algerien bildete sich als Folge des Bürgerkriegs eine Regierungskoalition aus Nationalisten und moderaten Islamisten, die bis heute besteht.

Nicht zuletzt hat die intensivierte Zusammenarbeit nordafrikanischer Terroristen mittelbar die Sicherheitskooperation zwischen den Maghrebstaaten verbessert. Das ist allerdings nicht nur positiv zu beurteilen: So erfreulich es ist, wenn sich Marokkaner und Algerier trotz des sie trennenden Westsahara-Konflikts an einen Tisch setzen, um Sicherheitsinformationen auszutauschen, so heikel sind oft die Folgen für die Rechtsstaatlichkeit.

Fazit

Auch wenn unklar bleibt, wie stark die GSPC heute noch ist, verschärft sich zweifelsohne die Bedrohung durch nordafrikanische Terroristen in ihren Heimatländern, aber auch in Europa. Dass eine Terrororganisation geschwächt ist, bedeutet in der Regel nicht, dass sie keine Anschläge mehr zu organisieren vermag. al-Qaidas Aktivitäten seit dem 11. September 2001 sind hierfür der beste Beleg.

Eine logische Schlussfolgerung wäre, die Sicherheitszusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten auszubauen. Für Europa ergibt sich dabei ein Dilemma, denn die Auswüchse der Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen der USA und der nordafrikanischen Staaten stehen den Reformen im Weg, die sich Europa für die Region wünscht und die allein geeignet sind, dem islamistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Für europäische und deutsche Politik besteht der Ausweg darin, die Sicherheitszusammenarbeit so eng zu begrenzen, wie die Bedrohungslage dies zulässt. Natürlich sollten polizeiliche und nachrichtendienstliche Informationen ausgetauscht werden, die für die Sicherheit Europas wichtig sind. Denn zu unvollständig ist die Kenntnis nordafrikanischer Netzwerke hier in Europa. Grobe Menschenrechtsverletzungen wie die Auslieferung von Terrorverdächtigen nach Libyen hingegen müssen unterbleiben.

Dass gerade im heiklen Sicherheitsbereich primär auf der bilateralen zwi-

schenstaatlichen Ebene agiert wird und nicht etwa im Rahmen der multilateralen und im Sicherheitsbereich gänzlich ineffektiven Euro-Mediterranen Partnerschaft, ist verständlich. Doch sollten die Möglichkeiten subregionaler Kooperation nicht unterschätzt werden. Geeignet für eine solche Kooperation ist das bereits bestehende »Fünf plus Fünf«-Format. Hier erarbeiten die fünf Maghrebstaaten Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien mit den fünf EU-Staaten Frankreich, Italien, Malta, Portugal und Spanien gemeinsame Sicherheitsmaßnahmen etwa im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes. Der in solchen Formaten entstehende Gruppendruck kann der Wahrung zumindest gewisser Menschenrechtsstandards in der Terrorismusbekämpfung förderlich sein – solange Europa darauf achtet, dass dieser Druck nicht zu einem Wettstreit um immer repressivere Taktiken führt.

Gleichzeitig ist die Europäische Kommission gut beraten, weitaus offener als bisher auf politische Reformen in diesen Staaten zu dringen. Bleiben landesspezifische effektive Strukturreformen aus, wird der Jihadismus im Maghreb auch mittel- und langfristig prosperieren. Die länderbezogenen Aktionspläne im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind ein Reforminstrument, das bislang allzu zögernd genutzt wird. Sinnvoll wäre, in diesen Plänen finanzielle Anreize direkt mit Fortschritten im Menschenrechtsbereich zu verknüpfen.

Viel gewonnen wäre überdies, wenn die Europäische Kommission und die einzelnen EU-Mitgliedstaaten den Bevölkerungen im Maghreb glaubhaft machen könnten, dass sie nicht den Islamismus, sondern den Terrorismus bekämpfen. Auch hier gilt es, Abstand zu den Regierungen zu wahren und eine eigene EU-Politik zu entwickeln, die einer der positiveren jüngeren Entwicklungen in der Region Rechnung trägt: Der Pragmatisierung des islamistischen Mainstreams.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364